

Wie glaubhaft müssen Politiker sein?

eines der Themen zur Zeit ist die Glaubhaftigkeit von Wahlversprechen. Mit der Häufigkeit der gebrochenen Versprechen mehren sich fadenscheinige Begründungen seitens der Politiker und Unmut und Mißtrauen gegenüber allen politisch aktiven seitens der Wähler.

Da fragt man sich: wie kommt es zu falschen Versprechungen und was ist eigentlich ein gebrochenes Versprechen?

In Deutschland überwiegen die Staatsparteien, die ein bestimmtes Ideal verfolgen. Ihre Mitglieder haben demzufolge bestimmte Vorstellungen von Zielen, deren Verwirklichung und den Menschen, die Politik machen. Und gerade diejenigen, die mit den Verhältnissen in den Gremien nicht besonders vertraut sind, machen sich oft selbst völlig falsche Vorstellungen über die Durchsetzungsmöglichkeiten, die sich den Machern tatsächlich für ihre Ziele bieten. In der Regel braucht man Unterstützung seitens der Gruppen, die über Einfluß verfügen. Diese Unterstützung erhält der Politiker nicht umsonst, er muß Gegenleistungen erbringen - oft in Form von unerwarteten Zugeständnissen.

Andere verfolgen so verbissen ein bestimmtes Ziel, daß sie darüber den Blick für die allgemein bedeutsamen Zielsetzungen verlieren, und ihre Energie auf irgendwelchen Nebenkriegsschauplätzen - sprich: bedeutungslosen Randthemen - verschleißten - oft zur Freude ihrer politischen Gegner.

Große Ziele sind oft nur schwer zu erreichen. Der Wähler verlangt schnellere Ergebnisse, als die Umstände den Politikern zu verwirklichen erlauben. "Gut Ding will Weile haben" wird oft nicht vom Wähler abgewartet und nicht selten kommt ein politischer Erfolg in der Sichtweise des Bürgers denen zugute, die dazu kaum beigetragen haben.

Nun: der wenig erfahrene, noch energiegeladene Neuling mag sich über all das täuschen können; der erfahrene Profi nicht. Und immer noch gilt der Grundsatz: Wer etwas verspricht, muß sich vorher darüber klar werden, ob und wie er sein Versprechen erfüllen kann. Oder, sehr deutlich: Ein Versprechen ist auch dann gebrochen, wenn man erwarten konnte, daß der Betreffende im Vorfeld die Umstände, die zur Erfüllung seines Versprechens nötig waren, hätte kennen müssen. Eine schnodderige Abfertigung, man müsse sich den Verhältnissen anpassen dürfen, ist dann eine schäbige Ausrede, wenn die Umstände, die zur Nichteinhaltung von Zusagen führten, bei etwas gesundem Menschenverstand im Vorfeld zu erkennen gewesen wären oder völlig bedeutungslos sind. Wer etwas versprochen hat, muß zur Erfüllung Opfer bringen, wenn er sich über die später eingetretenen Umstände getäuscht hat. Versprechen zu halten, ist Sache des Wortgebers, nicht des Gläubigers.

Alarmierend aber ist die Leichtigkeit, mit der manche sich aus der beim Wähler geschaffenen Erwartungshaltung herauszuwinden trachten. Da wird, ja beinahe empört darüber, wie jemand es "wagen" kann, die Einhaltung getroffener Zusagen zu verlangen, erklärt, man müsse sein Versprechen brechen, als handele es sich um die Verspätung eines Linienbusses! Solches Verhalten legt den Schluß nahe, der betreffenden Person ermangele es an Sinn für Anstand und Ehrlichkeit. Kann so jemand überhaupt irgendein öffentliches Amt bekleiden? Wie soll in einer Demokratie ein Mandat übertragen werden, wenn man den Mandatsträger nicht wirksam an sein Mandat binden kann? Selbiges gilt für die, die leichtfertig Entschuldigungen und Rechtfertigungen für nicht eingehaltene Grundsatzversprechen liefern. Kann der Wähler denen überhaupt noch vertrauen? Kann so eine Demokratie funktionieren?

Steuert doch das Volk das politische Geschehen durch die Wahlen. So zumindest die Zielsetzung der Staatsform Demokratie. Diese Steuerung wird aber sofort ausgehebelt, wenn "Volksvertreter" zum Stimmerhalt Versprechen machen, die sie nicht zu halten gedenken. In dem Maß, in dem man dieses zuläßt, enthebt man das Volk seiner Mitbestimmungsmöglichkeit. Und nicht nur das, die Art und Häufigkeit, in der das in den letzten Jahren von verschiedenen geschah, raubte dem Wähler den Glauben an seine Möglichkeit zur Mitbestimmung und somit das Interesse an der Mitwirkung. So schwor ein Helmut Kohl einst, er würde im Falle eines CDU-Wahlsiegs die Steuern nicht erhöhen und verlangte dann höhere Abgaben. Dem Bürger, der sie zahlen muß, ist es gleich, ob seine Belastung Steuern oder Abgaben genannt wird. Nur der Fachmann kennt überhaupt den bedeutungslosen Unterschied. Wenn dann auch noch der Betroffene sich später bei seiner Weigerung der Mithilfe zur Aufklärung einer möglichen Straftat auf sein Ehrenwort beruft, wirft das nicht nur Zweifel an der Ehrenhaftigkeit seiner selbst, sondern vor allem am Vorhandensein ethischer Grenzen im allgemeinen Umgang überhaupt auf.

Ganz ähnliches sehen wir nun in der jüngsten Vergangenheit. Die sogenannte Linkspartei hat nicht wenige fanatische Anhänger und etwa dreimal so viel entschlossene Gegner. Sie wird nicht wie eine wirklich demokratische Partei als ebenso kompromiß- und vernunftfähig gesehen. Somit stellt jede Entfernung oder Annäherung an sie eine politische Position dar, die sich von anderen deutlich abhebt. Mithin, das Verhalten einer Frau Ypsilanti und eines Herrn Beck wirft nicht nur die Frage nach der persönlichen Glaubwürdigkeit und Eignung an ihren Personen auf, sondern auch, inwieweit sie und ihre Genossen noch auf dem Boden der Demokratie stehen? Um so mehr Respekt ist der MdL Fr. Herbst zu zollen, die den Mut hatte, sich dem Druck ihrer Parteigenossen zu stellen und ihre Glaubwürdigkeit höher stellte als ihre Akzeptanz in der eigenen Clique.

Es ist leicht, dem Volk Geschenke aus der öffentlichen Kasse zu machen; so agierten bereits die römischen Diktatoren: mit "panem et circenses" lenkten sie, wie die heutigen Inhaber politischer Macht, damit die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrem Versagen in den wichtigen Bereichen ab.

Änderungen werden nicht durch festzementieren des einmal eingenommenen Standpunkts erreicht. In unserem Staat muß sich endlich einiges ändern: Steuerverschwendung, eine festgefahrene Gesundheitspolitik, die zähe Energiewirtschaft, und vor allem die immer kleiner werdende, für das Investitionskapital aber wichtige, Sparquote der privaten Haushalte verlangen nach tatkräftigem Anpacken.

Bei den Kommunalwahlen wurden einige Mandatsträger neu gewählt. Anscheinend ist der Bürger erwacht und beginnt, der Politik eine neue Richtung gegeben. Die Neuen in den Parlamenten werden sich durch einen Dschungel von Formalien zu kämpfen haben. Aber sie sollten nie vergessen, daß sie nun die ersten sind, denen es zufällt, neue Wege zu beschreiten. Gefragt sind vor allem die Vertreter der wenigen Bürgerparteien, sie haben nun zu beweisen, daß sie den Staatsparteien Sachverstand, Pragmatismus und Zuverlässigkeit voraus haben. Eine der wichtigsten Eigenschaften, die sie brauchen werden, ist Aufrichtigkeit. Und der Wähler sollte sein Interesse behalten an den Dingen, die ihn betreffen. Denn Wahlverweigerung ist Resignation und Kapitulation.

Georg Krauser
FDP Kreisverband Weilheim